

V. unverdrossen weiter von einem absolutistischen Königtum. Innenpolitische Zugeständnisse seines Vaters lässt er nach seiner Thronbesteigung sogar wieder kassieren, und er umgibt sich lieber mit traditionsbewussten adeligen Beratern als mit klugen, »modernen« Reformern, die es auch in seinem Königreich gibt. Darüber hinaus vertraut der Regent in seiner tiefen protestantischen Frömmigkeit stets auf den lieben Gott und seine lutherische Landeskirche, als deren oberster Bischof er als König zugleich fungiert. So findet der König noch wenige Monate vorher eigentlich alles gut bestellt in seinem Leben, aber eben nur bis zu diesem Sommer 1866. In diesem kann ihm auch sein Gott nicht mehr helfen, erst recht keine Soldaten und Verbündeten, und nicht einmal seine mächtige Cousine Victoria auf dem britischen Thron. Wie konnte das geschehen?

Es ist Preußen, das Hannover in den Abgrund treibt. Der Nachbar, der im Osten und im Süden an das Königreich grenzt, ist auf Expansionskurs. Wieder einmal, sagen die Kritiker Preußens. Tatsächlich lässt sich behaupten, dass die Hohenzollern-Dynastie seit den Tagen Friedrichs des Großen versucht, durch Eroberungen permanent und rücksichtslos die eigene Macht zu erweitern. Was mehr als 100 Jahre zuvor im Ersten Schlesischen Krieg (1740–1742) mit der Einverleibung der österreichischen Provinz Schlesien begann, scheint sich bis jetzt fortzusetzen. Die Gefahr durch den immer mächtiger werdenden preußischen Nachbarn wurde auch im Königreich Hannover schon im 17. und 18. Jahrhundert gesehen: 1850 prophezeite ein führender Minister geradezu resigniert, eines Tages »werden wir preußisch werden«. Und 14 Jahre später, 1864, hat Preußen an der Seite Österreichs die seit Langem schwelende Krise um die Herzogtümer Schleswig und Holstein geschickt für einen Krieg gegen Dänemark und eine weitere Eroberung genutzt: Schleswig wird preußisches Hoheitsgebiet, während Österreich zunächst Holstein verwaltet. Doch bald kommt es zwischen den eben noch Verbündeten zum erbitterten Streit, und in ganz Deutschland fürchten die Menschen, dass dieser in einen Krieg münden könnte. Es ist der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck, der geschickt die alten liberalen Träume von einem deutschen Nationalstaat bedient: Er schwenkt die politische Fahne der Einheit und erntet dafür reichlich Zuspruch sogar über die Grenzen Preußens hinaus, obwohl er tatsächlich nur das Ziel preußischer Vorherrschaft verfolgt.

Was sich zwei Jahre zuvor im Krieg gegen Dänemark gezeigt hat, scheint sich 1866 gegen andere Staaten zu wiederholen: Preußen schreckt erkennbar vor einem Krieg nicht zurück, wenn es um die Erweiterung der eigenen Macht geht. In Hannover nimmt auch Georg V. die zunehmende Bedrohung wahr, denkt aber nicht daran, dem preußischen Streben nach deutschlandweiter Vorherrschaft nachzugeben. Beharrlich

setzt er auf die Sicherung des Status quo in Form des Deutschen Bundes, der nach dem Wiener Kongress 1815 gegründet worden war und dem die deutschen Einzelstaaten angehören. Der Zusammenschluss befriedigt zwar weder den liberalen Wunsch nach einer deutschen Einheit noch die Etablierung demokratischer Strukturen, denn die an diesem Bund beteiligten Staaten können Teile ihrer Souveränität abgeben, bleiben jedoch in erster Linie autonome Staaten. Aber immerhin soll der Deutsche Bund die innere und äußere Sicherheit seiner Mitglieder garantieren, und das ist nach den Erfahrungen der Kriege gegen Napoleon zu Beginn des Jahrhunderts auch weiterhin ein wichtiges gemeinsames Anliegen. Als zentrales Gremium dieses Staatenbundes fungiert die Bundesversammlung mit Sitz in Frankfurt am Main. Hier laufen bis zu diesem Zeitpunkt alle wichtigen Fäden einer deutschen Einheit zusammen. Wenn diese konkreter ausgestaltet werden soll, muss das auch hier entschieden werden.

Doch Preußen unter Führung von Otto von Bismarck ist dieser Bund ein Hindernis. Eine preußische Vorherrschaft in einem deutschen Reich wird so nicht gelingen, weiß der machtbewusste und diplomatisch überdurchschnittlich versierte Ministerpräsident. Er fordert wiederholt Reformen an dem Zusammenschluss, aber die anderen Staaten fürchten, dass mit Veränderungen am Bund der zunehmende Verlust eigener Souveränität im Zuge preußischen Machtgewinns drohe.⁴ Auch Hannovers König Georg V. wittert die Absicht, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu schwächen. Er schätzt weiterhin den Deutschen Bund als das einzig legitime und brauchbare Mittel einer deutschen »Einheit«, wie er 1861 in einer Notiz festhalten lässt:⁵

»Die Bundesverfassung und der Bundestag sind meiner innigen Überzeugung nach die einzig wünschenswerten und einzig möglichen Bindemittel und das einzig wünschenswerte und einzig mögliche Centralorgan für Deutschland.«

Das ist weit mehr als eine strategische Äußerung: Georg V. kann der Einheitspropaganda dieser Zeit tatsächlich auch inhaltlich nichts abgewinnen. Er und seine Untertanen haben doch das Königreich Hannover und die Herrschaft seiner Familie, etwas anderes erscheint dem Monarchen weder wünschenswert noch denkbar. In diesem Sinne versucht er dem Herzog von Sachsen-Coburg bei anderer Gelegenheit einmal grundsätzlich klarzumachen, dass es eine einheitliche deutsche Nation doch im Grunde gar nicht gebe: In Wirklichkeit setze diese sich doch aus verschiedenen Stämmen mit jeweils besonderen Eigentümlichkeiten und Gesetzen zusammen, die schon seit 1000 Jahren nur in lockerer Form miteinander verbunden gewesen seien. So etwas könne man doch jetzt nicht einfach aneinanderketten.⁶ Keine Frage: Der König

von Hannover sieht keinerlei Bedarf für einen weiteren Ausbau einer wie auch immer gearteten »deutschen Einheit«.

Aber Preußen, allen voran der Ministerpräsident Otto von Bismarck, setzt sich zunehmend an die Spitze jener bunt gemischten Gruppe von Einheitsfreunden, die es nicht nur in seinem Land gibt. Aber Georg V. lässt sich damit nicht als Partner gewinnen. Er ist zwar nahe mit der Hohenzollern-Familie verwandt, aber seine persönlichen Sympathien gelten den österreichischen Habsburgern. Als Regent, dessen Reich zwischen zwei rivalisierenden Großmächten eingeklemmt ist, zielt er allerdings politisch auf ein Gleichgewicht zwischen Berlin und Wien. Das ist alles andere als einfach, vor allem, da sich im Jahr 1866 tatsächlich ein Krieg zwischen Preußen und Österreich anbahnt. Otto von Bismarck hat aus dem Krieg gegen Dänemark gelernt, dass die Großmächte Russland, Großbritannien und Frankreich sich in einen Konflikt nicht einschalten, solange dieser nur außenpolitisch und propagandistisch geschickt vorbereitet ist. Für den klugen Strategen ist das kein Problem, und so erhöht er nach und nach den Druck auf Österreich, endlich den Konditionen für ein preußisches Holstein zuzustimmen und damit diesen Teil der Kriegsbeute endgültig Berlin zu überlassen. Schließlich verlangt er von Österreich dermaßen vehement, sich endlich den preußischen Forderungen zu beugen, dass das Nachbarland nicht mehr ohne Gesichtsverlust nachgeben kann. Großdeutsch-antipreußische Stimmen werden in Österreich laut, und Bismarck stellt Wien vor die Wahl, »entweder aufrichtige Allianz oder Krieg, bis aufs Messer«.⁷

Ein solcher Krieg ist fraglos ein Wagnis. Einen Kampf Deutscher gegen Deutsche will selbst in Preußen im Grunde kaum jemand. König Wilhelm und sein Ministerpräsident werden mit Bittschriften überhäuft, in denen die Verfasser dafür plädieren, doch unbedingt den Frieden zu wahren. Otto von Bismarck bekommt wegen seiner aggressiven Politik zunehmend ein Imageproblem. Allzu offensichtlich erscheint seine Absicht, einen Krieg gegen Österreich um die Vorherrschaft über Deutschland bewusst herbeiführen zu wollen. Der Gießener Professor Rudolf von Ihering empört sich am 1. Mai 1866 in einem Schreiben an einen österreichischen Kollegen und Freund, dass er »meinem Gefühl über die öffentlichen Dinge Luft machen« muss:⁸

»Es ist das Gefühl der tiefsten Entrüstung, dem ich Worte leihen muß! Mit einer solchen Schamlosigkeit, einer solchen grauenhaften Frivolität ist vielleicht nie ein Krieg angezettelt wie der, den Bismarck gegenwärtig gegen Österreich zu erheben sucht. Das innerste Gefühl empört sich über einen solchen Frevel an allen Grundsätzen des Rechts und der Moral.«

Der Rechtswissenschaftler, der im Großherzogtum Hessen-Darmstadt seiner Professur nachgeht, kann für das gegenwärtige preußische System keine Sympathien entwickeln, aber er will auch keine österreichische Herrschaft über Deutschland. So wünscht er sich für den nahenden »Bürgerkrieg« von Deutschen gegen Deutsche notgedrungen einen preußischen Sieg. Für den Rechtsgelehrten bedeutet diese Situation eine moralische wie intellektuelle Zwickmühle: Österreich ist im Recht, aber aus nationalen Erwägungen müsse man Preußen den Erfolg wünschen, denn »ein Sieg Bismarcks ist trotz Junkertum und Absolutismus ein gewaltiger Schritt vorwärts auf der Bahn der deutschen Entwicklung«. ² Der Krieg wird kommen, und er wird viel Leid bringen, ist sich der Professor sicher, und er beklagt jetzt schon die verwundeten Soldaten, denn die »wird es durch ganz Deutschland geben wie noch nie«. ¹⁰ Die meisten Menschen rechnen für diesen Fall mit einem sehr langen Krieg, womöglich mit einem neuen Siebenjährigen Krieg.

Otto von Bismarck bekommt schließlich seinen Krieg, indem er sich geschickt außenpolitisch die Neutralität Frankreichs sichert und zugleich Italien für den Krieg gegen Österreich als Verbündeten gewinnt. Innenpolitisch eskaliert der Streit zwischen Berlin und Wien im Deutschen Bund, als Österreich die strittige Stellung der Herzogtümer Schleswig und Holstein dem Bundestag zur Entscheidung anträgt. Preußen reagiert am 9. Juni 1866 mit dem bundeswidrigen Einmarsch seiner Truppen in Holstein, woraufhin Österreich im Bund erfolgreich die Mobilisierung der nicht-preußischen Teile des Bundesheeres gegen den Aggressor beantragt. Am 14. Juni 1866 stimmen Bayern, Württemberg, Kurhessen und das Großherzogtum Hessen-Darmstadt, Sachsen, Hannover und einige kleinere Staaten in der Bundesversammlung für den österreichischen Antrag (Baden enthält sich), die Mehrheit der nord- und mitteldeutschen Staaten schlägt sich auf die preußische Seite. Berlin erklärt angesichts seiner Abstimmungsniederlage den Deutschen Bund kurzerhand für erloschen und sieht sich endgültig an bisherige Vereinbarungen nicht mehr gebunden. Die preußische Armee beginnt am 15. Juni 1866 mit dem Marsch auf Sachsen, Hannover und Kurhessen, am 16. Juni beschließt der Bundestag – nun auch mit Unterstützung Badens – die sogenannte Bundesexekution gegen Preußen. ¹¹ Der Krieg, der von so vielen seit Wochen erwartet wurde, ist im Juni 1866 Wirklichkeit.

Allerdings scheint ein preußischer Sieg nicht notwendigerweise ausgemacht, denn das militärische Kräfteverhältnis ist keineswegs eindeutig. In Berlin spekuliert die Börse sogar auf einen Erfolg Wiens und löst damit in Preußen eine wirtschaftliche Flaute aus. Keine Frage: Otto von Bismarck geht in diesen Tagen ein unkalkulierbares Risiko ein. ¹² Außerdem hat Berlin ein Problem mit der öffentlichen Meinung: Eine Kriegsbegeisterung gibt es im Land nicht, stattdessen Volksversammlungen und

Proklamationen gegen einen Waffengang. Auch die Konservativen sind zurückhaltend, weil sie auch für die österreichische Seite Verständnis haben. Viele Liberale misstrauen dem König und viel mehr noch Bismarck, weil beide bisher alle liberalen Hoffnungen enttäuscht haben – aber ausgerechnet der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von Ferdinand Lassalle, ansonsten ein verlässlicher Gegner der preußischen Politik, unterstützt den Krieg Bismarcks, weil dieser sich doch zugleich für das allgemeine Wahlrecht eingesetzt hat.¹³ Als ob das schon einen Bruderkrieg rechtfertigen würde ...

Andere Zeitgenossen wie der erwähnte Gießener Rechtsgelehrte Rudolf von Ihering sind trotz aller Bedenken gegen einen Krieg aber letztlich froh, dass es endlich losgeht. Den Kriegsbeginn empfindet Ihering als ein Gewitter, das sich nach unerträglicher Schwüle und Ungewissheit endlich entlädt und nach Wochen der Anspannung die willkommene Erleichterung bringt.¹⁴ Wie viele andere erlebt der Gelehrte diese Wochen als »zusammengedrängt«, als eine Zeit, in der so vieles in so kurzer Zeit geschehen ist, was die Zeitgenossen zuvor noch kaum für möglich gehalten haben.

Preußen geht offiziell mit dem Anspruch in diesen Krieg, Sachwalter der deutschen Sache zu sein und mit einem Waffengang doch nur dem Wunsch nach einer deutschen Einheit zu entsprechen.¹⁵ So heißt es in einer offiziellen telegrafischen Depesche, die in zahlreichen Tageszeitungen abgedruckt wird:¹⁶

»Verleiht Gott den Sieg, so werden wir stark genug sein, das lose Band zwischen den deutschen Landen fester und heilvoller zu erneuern.«

In diesem Sinne soll nach preußischer Lesart auch das Ende des Deutschen Bundes verstanden werden. Der nun beginnende Krieg sei schlicht nötig für die Sache der nationalen Einheit, denn »Feinde oder zweifelhafte Freunde« könne Preußen an seinen Grenzen nicht brauchen, lässt die preußische Regierung verlauten. Die Menschen in Deutschland bräuchten keine Angst zu haben, denn was jetzt geschehe, sei nur zu ihrem Besten. Sie mögen Preußen nur vertrauen, heißt es:¹⁷

»Indem die preußischen Truppen die Grenze überschreiten, kommen sie nicht als Feinde der Bevölkerung, deren Unabhängigkeit Preußen achtet, und mit deren Vertretern es in der deutschen National-Versammlung gemeinsam die künftigen Geschicke des deutschen Vaterlandes zu berathen hofft. Möge das deutsche Volk, im Hinblick auf dieses hohe Ziel, Preußen mit Vertrauen entgegenkommen und die friedliche Entwicklung des gemeinsamen Vaterlandes fördern und sichern helfen!«